Abend-Ausgabe

VI. Jahrgang. Nr. 584

Montag, 12. Dezember 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschluß: Nachrichten Dresden Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241 Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011 Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 20 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Briefabschlag d. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg.

Druck u. Verlag: Sturm & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1054 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Der Wert der Genfer Vereinbarung

Die praktischen Folgerungen entscheiden

Drahtbericht unseres nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Genf, 12. Dez. Fast genau ein halbes Jahr ist Deutschland der Abrüstungskonferenz und ihren Ausschüssen ferngeblieben, um als Grundlage und Vorbedingung aller künftigen Verhandlungen die Anerkennung seiner Gleichberechtigung zu erzwingen und damit das unwürdige Spiel der ersten Konferenzmonate in Zukunft zu verhindern. Wir waren aber bereit, unter dieser Voraussetzung noch einmal den Versuch zu machen, im Rahmen der Konferenz selbst Abrüstung und Rüstungsausgleich als praktische Konsequenzen der Gleichberechtigung zu erreichen. Nun ist Deutschland wieder auf der Konferenz, und es hat ein Papier in der Hand, eine Kompromiß- und Einigungsformel der fünf hauptbeteiligten Großmächte, deren erster Satz von der Gleichberechtigung handelt.

Haben wir unser Ziel erreicht, treten wir als Gleichberechtigte wieder in die Konferenz ein?

Als die Franzosen im Laufe dieser wechselvollen drei Verhandlungswochen schließlich eine Erklärung abgaben, die sehr viel Aehnlichkeit mit dem ersten Abschnitt der Kompromißformel hatte, haben wir ihre Formel als Einigungsbasis noch abgelehnt und haben ergänzende Zusicherungen gewünscht, die sich auf die praktischen Auswirkungen der Gleichberechtigung durch die Konferenzbeschlüsse bezogen und uns vor allem die Sicherheit geben sollten, daß Teil V des Versailler Diktats durch die neue Abrüstungskonvention ersetzt und diese außerdem einer Revision innerhalb einer bestimmten Frist unterliegen solle. Wir verlangten weiter, daß die Gleichberechtigung Ausgangspunkt der künftigen Verhandlungen sein müsse. Der Text der Einigungsformel zeigt, daß diese Forderungen in mehr oder weniger abgeschwächter und nicht überall ganz eindeutiger Form in der gemeinsamen Erklärung zu finden sind. Die Gleichberechtigung soll als „einer der Grundsätze" die Konferenz „leiten".

Aber hinzugefügt wird in gleichem Atem „in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet".

Das ist eine Wendung aus dem französischen Vorschlag, unter dem Frankreich, wie man weiß, seinen Plan versteht, während andere Nationen sich natürlich auch ein wesentlich anderes System darunter denken können. Trotzdem wird dieser Satz natürlich der Ausgangspunkt für Frankreich sein, wenn es den Zeitpunkt für gegeben hält, sich wieder mit seinen „Sicherheits"-Vorschlägen einzuschalten, also zweifellos in dem Augenblick, in dem Deutschland praktische Folgen der Gleichberechtigung verlangt. Es bringt schwere Gefahren mit sich, daß Gleichberechtigung und Sicherheit, wie es der französischen These entspricht, bei allen grundlegenden Entschließungen nebeneinanderstehen und Zug um Zug behandelt werden. Dieser Grundsatz soll sich, wie weiter festgelegt wird, auch in der abzuschließenden Konvention auswirken.

Hier bleibt also der ganze Komplex der Gegensätze und Schwierigkeiten in erhöhter Form nebeneinander bestehen.

Günstiger ist der zweite Absatz des ersten Punktes. Wenn die Rüstungsbeschränkungen für alle Staaten in dieser Konvention enthalten sein müssen, so ist die logische Folge, daß es daneben keine anderen Beschränkungen mehr geben darf, daß also Teil V des Versailler Diktats dann wegfällt. Bei unseren Gegnern besteht freilich sehr wahrscheinlich hier der innere Vorbehalt, daß man Versailles mehr oder weniger unverändert in die Abrüstungskonvention hineinnehmen könne, wie es sich bei unserer tatsächlich einseitigen Entwaffnung und ihren Folgen in gewissem Umfange ohnehin ergeben würde. Wenn weiter die Art und Weise der Anwendung der Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden soll, so ist das für uns die Zusicherung praktischer Auswirkungen, während die Franzosen dabei zweifellos gewisse Einschränkungen im Auge haben.

In Punkt 3 ist der neue Friedenspakt nach dem Vorschlag Simons aufgenommen worden. Er ist nur eine neue Bekräftigung des Kelloggpaktes. Daß man uns aber diese Erklärung schon als Gegenstück zu einer dazu noch verklausulierten Gleichberechtigung zugemutet hat, berührt nicht gerade angenehm. Es wäre wohl besser gewesen, dieses Zugeständnis bis zur Erörterung der praktischen Gleichberechtigung in der Hand zu behalten. Nicht ganz unbedenklich ist es vielleicht, daß gleichzeitig in einem Nachsatz hier die Behandlung der Sicherheitsfrage vorbehalten wird. Freilich kann eine aktive und ideenreiche deutsche Politik

gerade der Sicherheitsfrage eine Wendung geben, die sie zu einem sehr wirksamen Kampfmittel Deutschlands macht.

Bisher sind wir auf diesem Gebiet viel zu passiv gewesen.

Im Schlußabsatz der Einigungsformel wird dann noch bekräftigt, daß man gewillt sei, baldigst zu einer Abrüstungskonvention zu kommen, die eine wesentliche Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen enthält. Zugleich wird auf deutschen Wunsch die Revisionspflicht für diese Konvention festgesetzt, allerdings ohne irgendeine Frist. Mit diesem Absatz werden zugleich die Vertagungspläne des Amerikaners Norman Davis endgültig abgelehnt.

Die Frage, ob es richtig war, sich mit dem zu begnügen, was nach langem, zähem und oft undankbarem Kampfe ohne oder mit unzuverlässigen Bundesgenossen schließlich zu erreichen war, oder ob man ablehnen und sich weiter auf die Wirkung unseres Fernbleibens von der Konferenz verlassen sollte, wird abschließend erst geklärt werden können, wenn die neue Lage auf der Konferenz erkennbar ist und wenn die ersten Ergebnisse — oder Fehlschläge — sich zeigen.

Das sofortige Zugreifen Herriots zur Sicherung des erreichten Kompromisses zeigt jedenfalls, welchen Wert man in Paris darauf legt, uns wieder in Genf und auf der Abrüstungskonferenz zu wissen.

Auch sonst haben alle eigenen Beobachtungen in Genf nur bestätigt, daß unsere Distanzierung von der Konferenz noch immer außerordentlich wirksam war.

Die Analyse der Einigungsformel zeigt, daß zwar einige neue Ansätze und Ausgangspunkte für unsere Abrüstungspolitik auf der Konferenz geschaffen sind, auf die wir uns berufen können und die unseren Gegnern eine klare Verantwortung auferlegen, daß aber gleichzeitig auch noch die entscheidenden Streitfragen ungelöst geblieben sind und daß sich auch Frankreich dieses oder jenes Sprungbrett für seine eigenen Aktionen eingebaut hat.

Man wird also den Konferenzverhandlungen weiter mit großer Skepsis entgegensehen müssen.

Es kommt noch hinzu, daß ja schon dem Abschluß einer bindenden Abrüstungskonvention bei der gegenwärtigen internationalen Lage viele Bedenken entgegenstehen, und daß diese Aufgabe selbst dann noch fast unlösbar sein würde, wenn die Einigungsformel klarer wäre und durch Ueberwindung grundsätzlicher Gegensätze schon eine bessere Vorarbeit geleistet hätte. Man erweist niemand auf weite Sicht einen Dienst, wenn man vor diesen Tatsachen die Augen schließt.

v. Neurath wieder in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Dez. Reichsaußenminister v. Neurath traf in den frühen Nachmittagsstunden von Genf in Berlin ein. Er wird am Nachmittag sowohl dem Reichspräsidenten wie dem Reichskanzler über die außenpolitische Lage Bericht erstatten. Eine Kabinettssitzung ist für heute und morgen noch nicht in Aussicht genommen. Wahrscheinlich findet sie am Mittwoch statt. Ihr Ergebnis wird dann der Reichskanzler v. Schleicher am Donnerstag in der angekündigten Rundfunkrede bekanntmachen.

Macdonald auf der Rückreise nach London

Paris, 12. Dez. Macdonald ist am Montagvormittag aus Genf in Paris eingetroffen und nach kurzem Aufenthalt nach London weitergereist. Er wurde auf dem Bahnhof von Herriot begrüßt.

Der „Völkische Beobachter" zum Genfer Ergebnis

München, 12. Dezember. Zu der Genfer Einigung schreibt der „Völkische Beobachter" unter der Ueberschrift „Jetzt beginnt erst der Kampf um die wirkliche Gleichberechtigung" unter anderem: Bei einer flüchtigen Kritik müsse festgestellt werden, daß Baron v. Neurath die unzweideutige Anerkennung der Gleichberechtigung nicht erreicht habe. Die verklausulierte Erklärung, die zwar die theoretische Anerkennung unserer Forderung enthalte, die aber noch von den übrigen Konferenzstaaten anerkannt werden müsse, sei nicht das, was man erwartet habe. Schon die nächsten Beratungen auf der Abrüstungskonferenz würden nun zeigen müssen, ob es Neurath gelinge, diese Anerkennung in den tatsächlichen Beratungsergebnissen durchzusetzen und die zu erwartenden französischen Ablenkungsmanöver zu durchkreuzen. Der zweideutige Wortlaut der Entschließung gebe jedenfalls den französischen Auslegungskünsten volle Auswirkungsmöglichkeit und verpflichte den deutschen Vertreter zu höchster Bereitschaft.

Das Auslandsecho zur Einigungsformel

Geteilte Aufnahme in Paris

Paris, 12. Dez. Nur die regierungsfreundliche Presse lobt das in Genf getroffene Abkommen über die Gleichberechtigung. Die übrigen Blätter verhalten sich kritisch, einige sogar strikt ablehnend. „Havas" spricht von einer guten Operation für Frankreich, und zwar deshalb, weil die Hoffnung erlaubt sei, daß Deutschland, wenn es aufs neue an der Abrüstungskonferenz teilnehme, zögern werde, gar zu bestimmte Aufrüstungspläne vorzubringen. — Der offiziöse „Petit Parisien" nennt

die Zurückführung Deutschlands auf die Konferenz ein Ereignis von erster Bedeutung.

Nach seiner Ansicht ist ein wesentlicher Erfolg darin zu erblicken, daß man eine ständige Kontrolle haben werde und daß man in dem Kompromiß den Grundstein für einen europäischen Pakt gegenseitigen Beistandes — wie Briand ihn gewollt habe — erblicken dürfe. — „Oeuvre" schreibt, das Ergebnis könne von jeder Partei als Sieg ausgelegt werden. — „Excelsior" meint, der Wert der Genfer Erklärung werde von dem Willen der deutschen Regierung abhängen, sich dem Geiste dieser Erklärung anzupassen. Jedenfalls würden die französischen Unterhändler noch harte Kämpfe zu bestehen haben, damit die Gleichberechtigung nicht zur einseitigen Abrüstung Frankreichs führe und damit Deutschland nicht ungeniert und ohne Garantie für seine Nachbarn aufrüsten könne. — „Matin" meint, das Ergebnis scheine das Aufgebot von einigen tausend Sachverständigen und wenigstens drei Dutzend Regierungschefs nicht zu rechtfertigen. — Der sozialistische „Populaire" begrüßt die Rückkehr Deutschlands zur Konferenz, warnt aber vor Illusionen über deren Ausgang.

da die Fünfererklärung auf die „berühmte" Sicherheit anspiele, hinter der der französische konstruktive Plan stecke,

und dieser Plan sei nicht dazu angetan, das Abrüstungswerk zu erleichtern.

„Figaro" ist davon überzeugt, daß Deutschland dem Abkommen nur beigetreten sei, weil es insgeheim allerhand Versprechungen erhalten habe. Das Blatt fragt: Wer hat Deutschlands Rückkehr bezahlt? Was hat Amerika gegeben, was England, was Italien? Was haben wir versprochen? Wenn diese Fragen unbeantwortet bleiben, würden die Franzosen wissen, daß von heute ab für sie eine Aera der Knechtschaft beginne. — „L'Ordre" ruft aus: Wieder einmal hat Deutschland die Partie gewonnen. Unsere Vertreter haben die Sicherheit Frankreichs geopfert.

Durchweg Zustimmung in London

London, 12. Dez. Zu der Einigung in Genf schreibt „Daily Telegraph": Trotz der scheinbaren Einfachheit dessen, was endlich vereinbart worden ist, schließt die Erklärung gewisse Zugeständnisse ein, auf die noch vor einer Woche so gut wie keine Aussicht bestand. Aber wenn jetzt der Weg für einen neuen Fortschritt in der Abrüstungssache frei geworden ist, fragt es sich, wie weit die Konferenz ihn gehen wird. — „News Chronicle" erklärt, die Nachricht, daß Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückkehre, sei die beste, die seit langer Zeit aus Genf gekommen sei. Deutschlands formelle Teilnahme werde der Konferenz bestimmt einen kräftigen Anstoß geben. — „Daily Herald" drückt seinen Unwillen darüber aus,

daß ein mehrmonatiger „Streik" Deutschlands notwendig gewesen sei, um die Anerkennung eines Anspruches zu erreichen, über den seit Beginn der Konferenz Klarheit bestanden habe.

Der französische Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet aus Genf, in französischen Kreisen werde Herriot wegen seiner Zustimmung zu dem Kompromiß kritisiert. Es werde befürchtet, daß die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung den Ausgangspunkt der kommenden Abrüstungsverhandlungen bilden werde, während der französische Plan zur Organisierung des Friedens ein ungewisses, in der Zukunft liegendes Ziel sein werde. Das Kabinett Herriot habe sich allerdings bemüht, bei der öffentlichen Meinung den Eindruck hervorzurufen, daß es sich um eine große Leistung Paul Boncours handele. — „Times" meldet aus Genf: Deutschland hat erreicht, was es wollte, und Frankreich wird hinsichtlich der Sicherheitsfrage zufriedengestellt. — In einem Leitartikel führt „Times" aus, es habe sich während der letzten Monate gezeigt,

daß ohne Deutschland ein Fortschritt der Konferenz unmöglich sei.

Es sei besonders befriedigend, daß gerade die deutsche Regierung die Brücke habe bauen helfen, deren Bildung so viel Sorge im Ausland verursacht habe. General von Schleicher habe dadurch, daß er seine Zustimmung zu der mit Hilfe seines befähigten Mitarbeiters Freiherrn v. Neurath ausgearbeiteten Formel gab, viel für die Beschwichtigung der Bedenken benachbarter Staaten getan.

Der Genfer Korrespondent der „Morning Post" weist auf die günstige Wirkung hin, die in Genf von der Fünfmächtekonferenz auf die Haltung Amerikas in der Schuldenfrage erhofft werde.